

hat der Kongreß, der soeben seine Debatten abgeschlossen hat, wohl ein Programm gebracht, das das wert sein wird, was die Leute wert sein werden, die es anzuwenden berufen sind, aber es ist schwer, zu glauben, daß es irgend-einen Nachhall im Herzen der jüdischen Massen der ganzen Welt haben wird.

Es wäre aber die Aufgabe gewesen für diesen Kongreß, den Zionismus im Lichte der Einrichtung des Staates Israel „neu zu denken“, die neuen Ziele der zionistischen Bewegung genauer zu umreißen und auch die Formen der „Kohabitation“ zwischen Israel und der Diaspora festzusetzen. Das Exekutiv-Komitee der Jewish Agency hatte zu diesem Zweck einen Plan vorbereitet und vorgelegt, welcher, obwohl verworfen, unter dem Namen eines „Programmes von Jerusalem“ bekannt bleiben wird. Es beruhte auf zwei wesentlichen Grundsätzen: der Stärkung des Staates und der Sammlung der Verbannten. Dieser Plan, der das Schicksal des Zionismus der Intensivierung der jüdischen Erziehung und der Entwicklung des Pioniergeistes unter der Jugend verband, konnte ungeachtet mancher Lücken den Entscheidungen des Kongresses als Rahmen dienen.

Aber schon vor der Kongreß-Eröffnung war keinerlei Aussicht mehr verblieben, daß darüber eine ernsthafte und verbindliche Aussprache stattfinden würde. Denn von Anfang an lastete das, was die „Realpolitiker“ als „gegenwärtige Notwendigkeiten“ bezeichnen, schwer auf den Debatten und drängte von vornherein seine Schlußfolgerungen auf.

Welches waren denn diese „gegenwärtigen Notwendigkeiten“? In Kürze: Israels dringendes Bedürfnis nach Wirtschafts- und Finanzhilfe und die Allmacht des amerikanischen Judentums, solche auch nur in beschränktem Maße zu vermitteln. So war denn der ganze Kongreß nur ein Dialog zwischen Israelis und amerikanischen Zionisten mit seinen heftigen Ausbrüchen und seinen Leerstellen. Alle andern Delegierten hätten ruhig zu Haus bleiben können...

Daß in der Zusammensetzung des neuen Exekutiv-Komitees nur israelische und amerikanische Mitglieder enthalten sind, ist vollkommen bezeichnend für die allgemeine Atmosphäre des Kongresses. Diese Ausrichtung auf die „tatsächliche Wirklichkeit“ hat das Gesicht des Kongresses entstellt und die Stetigkeit der zionistischen Bewegung in Frage gestellt.

Der Kongreß hatte als wesentliche Aufgaben, eine Antwort auf zwei grundlegende Fragen zu finden: wie soll man eine dauernde „Brücke“ sichern zwischen den Juden der Diaspora und denen in Israel; wie soll man die zionistische Bewegung reorganisieren, um sie instandzusetzen, ihren neuen Auftrag zu erfüllen? Auf die erste Frage hatte das Programm von Jerusalem geantwortet, indem es den Grundsatz der Einheit und der nationalen Wiedergeburt des jüdischen Volkes im Rahmen des Staates aufstellte. Für die zweite Frage schlug das neue Exekutiv-Komitee einen Reformplan der zionistischen Organisation vor. Man mußte von jetzt an jedem Juden die Möglichkeit geben, an der zionistischen Aktion teilzunehmen, ohne gezwungen zu sein, einer Partei anzuhängen, deren Daseinsrecht er oft schlecht begriff. Diese beiden vereinigten Pläne hätten ein zusammenhängendes Ganzes ergeben und wahrscheinlich eine erhebliche Entwicklung des Zionismus in jedem Lande gestattet. Der Kongreß sollte anders darüber entscheiden. Die amerikanische Abordnung nahm eine mehr proisraelische als wirkliche zionistische Haltung ein; ja, sie griff den Grundsatz selbst der Auffassung an, welche die jüdischen Ge-

*) Diese sehr wichtige Bemerkung muß auf Grund von andern Stimmen aus Israel folgendermaßen erläutert werden: Die „Qualität“, deren die künftigen Einwanderer nach Israel bedürfen, ist nicht ganz dieselbe, wie die der bisherigen bedürften. Der Staat verdankt sein Dasein den Pionierqualitäten einer idealistischen Jugendbewegung, die unter den härtesten Bedingungen ein Opferleben ländlicher Gemeinschaftsarbeit auf sich nahm. Diese Bewegung hat ihren Höhepunkt eindeutig überschritten; sie erneuern zu wollen wäre letztlich eine romantische Utopie. An Arbeitskräften für ländliche Arbeit fehlt es heute in Israel nicht mehr (wenn auch die Arbeitsbedingungen im Vergleich mit denen auf andern Sektoren noch nicht zu genügen scheinen); wohl aber werden qualifizierte Fachkräfte auf den verschiedensten Gebieten einer sich allseitig ausweitenden Volkswirtschaft benötigt. Das Problem ist: Wird es gelingen, neben den fachlichen auch die menschlich-charakterlichen Qualitäten dieser jetzt benötigten Elite so hoch zu halten, daß sie den in ihrer Art kaum geringeren (nur verlagerten) Anforderungen der neuen Phase gewachsen sein werden? — (Anmerkung der Rundbrief-Redaktion.)

meinden der Diaspora als vorläufig im „Exil“ betrachten will. Übrigens war sie auch nicht mit der „Entpolitisierung“ der zionistischen Organisationen einverstanden, weil sie ohne Zweifel befürchtete, daß diese Reform eine gewisse Abschwächung der politischen Macht des amerikanischen Zionismus nach sich ziehe.

Vor dieser Lage und um einen Bruch des Kongresses zu vermeiden, brauchte es in letzter Stunde ein geschicktes Manöver, um eine Kompromißformel zustandezubringen, welche zwar die Einstimmigkeit der Abgeordneten erreichte, aber sämtlichen Problemen auswich...

(In „Cahiers Sioniens“ V, 3. Sept. 1951, S. 296—301)

9. 8.). Zum religiösen Problem Israels

I.

Dr. S. Ucko, Mitherausgeber von „A. Hebrew Philosophical Quarterly“, der in der Nähe von Tel Aviv ein Lehrseminar in religiös-sozialem Geiste leitet, schreibt der Mitherausgeberin am 13. 11. 1951: „Sie fragten mich über die religiöse Situation im Lande. Es ist gar nicht leicht, in Kurzem darauf zu antworten. Vielleicht sollte man sagen: Der Aufbau des Landes sei eine einzige große Glaubensstat; das Wagnis herzukommen — vor Hitler — war eine Glaubensstat, und jetzt der Versuch das „Unmögliche“ zu tun und möglich zu machen: Kurdische, afrikanische, arabische und europäische Juden zu einem Volke zu machen, das eine erneuerte Sprache spricht.

Die Tat aus dem Glauben ist so kompliziert, birgt so viele Schwierigkeiten und Rückschläge in sich, daß sie ungeheure Energien verschlingt und oft anderes gar nicht aufkommen läßt. Die Glaubensstat als solche kleidet sich daher in säkularisierte Form. So wird es auch wohl noch viele Jahre bleiben. Gemäß dem Glauben kann man nur hoffen, daß aus dem neugeborenen Volke, das ja erst vor 3 Jahren an allen Grenzen den Feind zurückschlagen mußte, wieder einmal ein „neuer Geist“ und eine neue Prophetie hervorgehen wird.

Die orthodoxe Religion des überlieferten Judentums hat im Moment nur geringen Einfluß auf die junge Generation im Lande. Überhaupt, in der jungen Generation hat hier die Religion genau so viel, d. h. genau so wenig Einfluß wie überall in der Welt, gemäß meiner wohl richtigen Annahme, daß die Religion heute nur ein Ereignis für die Wenigen und Tiefen ist. Aber beachten Sie bitte, daß bei uns die Bibel überall allgemeines Lehr- und Hauptfach ist! So wird der Kontakt mit ihr niemals abreißen. Ich vermute, daß wir auf lange Zeit hier in säkularisierter Gestalt leben werden; aber gerade darin werden die religiösen Kräfte langsam reifen, um einmal zu guter Stunde zum Erscheinen zu kommen. Dann wird der Anschluß an das Vergangene und an das Kommende wieder gefunden sein. Man kann unsere Tage hier mit den Tagen zwischen Moses und den Propheten, etwa mit der Zeit der Richter oder Josuas vergleichen, wo die Religion nicht bekenntend aber vorbereitend war.

Schon die Parallele zeigt, in welcher Perspektive wir uns befinden und diese Perspektive gibt den Mut, weiter zu arbeiten, auszuharren und zu ... arbeiten, arbeiten.

Es wird gut tun, wenn wir nicht viel über Sendung sprechen werden sondern uns bewähren werden“...

II.

Der Freiburger Freundeskreis des Rundbriefs hatte am Montag, 17. September 1951, die Freude, Herrn Dr. Erich Bloch aus Nacharya, Israel (früher Konstanz), im Werthmannhaus des Deutschen Caritasverbandes in seiner Mitte zu sehen. Dr. Gertrud Luckner begrüßte den Gast und gab ihm das Wort über: „Das religiöse Problem Israels“.

Dr. Bloch ging davon aus, daß das Volk der Söhne Israels ein für allemal als Priestervolk von Gott berufen worden ist, auch wenn es sich durch wechselnde Zeitumstände je und je von dieser Berufung ablenken ließ und auch heute etwas wie ein religiöser Schleier über Jerusalem liegt. Israels Propheten aber scheuten sich nie, jede bloß weltlich-nationale Aspiration ihres eigenen Volkes zu verfluchen, wenn sie zu seiner religiösen Sendung im Widerspruch stand. Sie zeichneten Strich für Strich ein Bild des wahren Erlösers, des Messias Gottes, der ihnen letztlich von göttlicher Eingebung gezeigt war, den leidenden Gottesknecht. Dieser ist Jesus von Nazareth, sein Leben ist identisch mit dem, was der Tenach (das Alte Testament) ausspricht. Neu war sein Evangelium nur, insofern es in

nie gesehener Konzentration die Lehre von Religions-Gesetz und Prophetie zusammenfaßte. — Daß dies überwiegend nicht erkannt wurde, ist wohl sehr weitgehend aus Unwissenheit zu erklären. Die gläubig gewordenen Weltvölker aber rechnen diese den ohne jeden Zweifel unschuldigen späteren jüdischen Geschlechtern als Kollektivschuld an, und nun mußte das Volk als Ganzes durch Jahrhunderte den Kreuzweg gehen und nach der Bergpredigt leben... Jeder heidenchristlichen „Mission“ blieb und bleibt dieses Volk unzugänglich; aber aus sich selbst kann es nach der Heimkehr in sein Land nur zur Erneuerung kommen, wenn es den Schritt zu Christus tut, sonst wird sein Staat ein bloßer Staat wie andere auch und verschwindet wieder. Das Evangelium, das aus Israel gekommen ist, muß zurück nach Israel.

In der Aussprache führte u. a. P. Paulus Engelhardt O.P. aus, die Christenheit werde bei der Verständigung mit einem zu Jesus heimfindenden Israel wohl gerade nur viele und dogmatische Vorurteile und nicht „Dogmen zurückstellen“ müssen, wie der Redner gemeint hatte. — Dieser entwickelte noch auf Fragen, daß nicht die erstarrte Orthodoxie, sondern das liberale Judentum, ja das heute z. T. noch „marxistisch“ denkende Judentum der Gemeinschafts-siedlungen, die Trägerschaft jenes religiösen Suchens sei, das zu Christus führen muß, auch wenn heute erst ganz wenige dies zu ahnen beginnen. Professor Dr. Karl Thieme führte aus, daß unter den denkenden Christen heute die Erkenntnis vordringe, so wie Katholiken und Protestanten einander nicht „missionieren“, sondern als „getrennte Brüder“ zu respektieren und auf dieser Basis ein Gespräch um die Wahrheit zu führen begonnen hätten, ähnlich stehe es zwischen den Christen und den Juden, die auch wir als Kreuzträgervolk — ganz unabhängig von der Schuldfrage für Jesu Zeitgenossen — zu verstehen lernen.

9. 9) Stimmen studentischer Jugend

Ein Beschluß des Bundes demokratischer Studentenvereinigungen:

„Der Bund demokratischer Studentenvereinigungen bekennt sich zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung der am Judentum begangenen Verbrechen des Nationalsozialismus und schließt sich der Aktion des Hamburger Senatsdirektors Lüth ‚Wir bitten Israel um Frieden‘ an.“ So lautet einer der Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Bundes demokratischer Studentenvereinigungen, die Ende Oktober in Westberlin abgeschlossen wurde.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 26. 10. 51.] 29. S. 1)

Die Gruppe der Pädagogischen Hochschule des Landesverbandes Berlin des Sozialistischen Studentenbundes nahm Ende November in nachstehender Entschliebung zu den antisemitischen Ausführungen des Bundestagsabgeordneten Dr. Richter Stellung (s. S. 51). In einem Begleitschreiben brachte die Gruppe den Wunsch zum Ausdruck, damit eine kleine Anregung geben zu können, „wie die Brücken zu den Herzen unserer jüdischen Mitbürger wieder errichtet werden können“. Die Resolution lautet: „Die Gruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbun-

des an der Pädagogischen Hochschule Berlin-Lankwitz hat mit Empörung von den Auslassungen des Abgeordneten Richter der SKP im Bundestag Kenntnis genommen. Wir sind der Auffassung, daß diese ungeheuerliche Entgleisung die letzte sein muß, die in Deutschland gegen das israelitische Volk ausgesprochen werden kann, und wir bitten alle zuständigen Stellen, dafür zu sorgen, daß sich ähnliche Vorfälle nicht mehr ereignen können. Wir sind fest davon überzeugt, daß kein Volk der Erde einen größeren Anspruch auf Reparationen hat als das jüdische und eine nur moralische Wiedergutmachung in keinem Falle genügt. Wir verpflichten uns, als künftige Erzieher alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um in der deutschen Jugend die Prinzipien der Menschenrechte, insbesondere aber die Tolerierung anderer Völker, Rassen und Konfessionen zu fördern.

Darüber hinaus schlagen wir als konsequente Fortsetzung des Aufrufes „Friede mit Israel“ eine Aktion der deutschen Jugend „Wiedergutmachung für Israel“ vor. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, schnellstens Stellung zu der Reparationsnote der israelischen Regierung zu nehmen. Wir fordern die deutsche Industrie auf, ernsthafte Vorschläge zu machen, wie der sich mühsam aufbauenden Industrie des Landes Israel geholfen werden kann. Wir bitten die Parteien und Gewerkschaften, diese unsere Forderung zu unterstützen. Wir fordern die deutsche Jugend — vor allem die akademische — auf, sich zu einem freiwilligen Aufbaudienst im Lande Israel bereitzuerklären. Wir bitten das jüdische Volk, diesen Aufruf so aufzunehmen, wie er gemeint ist. Er soll den Willen der deutschen Jugend zeigen, das nach ihrer Ansicht Notwendige dazu beizutragen, die Wunden der Vergangenheit zu heilen, das Verhältnis zwischen unseren Völkern zu bessern und zu beweisen, daß wir nicht nur Worte sprechen wollen, sondern auch bereit sind, Taten folgen zu lassen.“

(Nach: „Allgemeine Wochenzeitung für Juden. VI. [Düsseldorf, 30. 11. 51.] 34. S. 1)

Vorlesungen über jüdische Kultur- und Geistesgeschichte gefordert

Die Studentenvertretung der Westberliner Freien Universität will ihre Vertreter in den Fakultäten und im Senat beauftragen, sich für öffentliche Vorlesungen über jüdische Kultur- und Geistesgeschichte einzusetzen. Der Vertreter der Studentenschaft im Kuratorium soll sich dafür verwenden, daß die notwendigen Mittel zur Errichtung eines Lehrstuhls für Jüdische Kultur- und Geistesgeschichte bereitgestellt werden. Die Vollversammlung der philosophischen Fakultät der Freien Universität hat einstimmig diesen Beschluß der Studentenvertretung gebilligt.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung“ V. [Düsseldorf, 16. 2. 51.] 45. S. 1)

Nach Redaktionsschluß wird uns bekannt, daß in München mehrere Studentengruppen, darunter die „Katholische Studenten-Gemeinde“, und in Göttingen die Vertretung der Gesamtstudentenschaft sich der Aktion „Friede mit Israel“ angeschlossen haben.

10) Kleine Nachrichten

10/1) Schriftsteller ruft zur Hilfe für die Juden auf

Der Schriftsteller Wolfgang Weyrauch hat die deutschen Schriftsteller in einem „Manifest“ zur Hilfe für die noch in Deutschland lebenden Juden aufgerufen und sie aufgefordert, sich in ihrer Arbeit mit dem Schicksal der unter dem nationalsozialistischen Regime rassistisch Verfolgten auseinanderzusetzen.

Weyrauch schlägt vor, als praktische Hilfe solle jeder Schriftsteller nach seinem Einkommen eine jüdische Waise oder einen Insassen eines jüdischen Altersheimes unterstützen. Außerdem sollte er eine Arbeit schreiben „und mit der äußersten Konsequenz zu veröffentlichten suchen“, die das Los der Juden in Deutschland unter der nationalsozialistischen Herrschaft behandelt.

Außer Luise Rinser, Alfred Andersch und Albrecht Goes, erklärt Weyrauch, habe sich kein einziger deutscher Schriftsteller — „mich eingeschlossen“ — um das Los der

Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1945 öffentlich gekümmert oder sich mit ihrem Schicksal auseinandergesetzt. Die deutschen Schriftsteller sollten darüber nachdenken, ob sie sich nicht eines besseren besinnen wollten. Ihr bisheriges Schweigen schmälere das Ansehen ihres Standes und beeinträchtige die Ehre des Vaterlandes. Es hindere ferner, daß sich das Phänomen der Gerechtigkeit in Deutschland ausbreitet. Wiedergutmacht könne nichts mehr werden. Aber „wäre es ausgeschlossen, daß wir den Juden, die noch unter uns sind, helfen?“

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 26. 10. 51.] 29. S. 2)

10/2) Zur Wiedergutmachung

Die Reparationskonferenz in New York wählte zwei Komitees. Das eine besteht aus den 20 Vertretern der Organisationen und hat politische Fragen zu behandeln. Das andere besteht aus 12 Personen und hat praktische Schritte vorzubereiten. In diesem Komitee befinden sich Dr. Leo